



Den Wohlstand gerecht verteilen.
**20 PROJEKTE FÜR MEHR
FAIRNESS IN ÖSTERREICH.**



Den Wohlstand gerecht verteilen.

20 Projekte für mehr Fairness in Österreich.



Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Den Wohlstand gerecht verteilen. 20 Projekte für mehr Fairness in Österreich.

Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Einleitung	6	Projekt 11: Für eine nachhaltig und sozial verträglich gestaltete Umwelt	16
Projekt 1: Arbeitslosigkeit senken, Wachstum ankurbeln	8	Projekt 12: Politik für den ländlichen Raum	18
Projekt 2: Investieren in die Kinder	8	Projekt 13: Leistbares und hochwertiges Wohnen	18
Projekt 3: Bestmögliche berufliche Bildung	9	Projekt 14: Der Sport als sozial-, gesundheits- und wirtschaftspolitischer Faktor	19
Projekt 4: Universitäten für die Zukunft	10	Projekt 15: Die Sicherheit der Bevölkerung in Österreich verbessern	20
Projekt 5: Faire Chancen für Frauen	11	Projekt 16: Äußere Sicherheit und Neutralität	20
Projekt 6: Ein hochwertiges und gerechtes Gesundheits- und Pflegesystem	12	Projekt 17: Ein soziales Europa als Antwort auf die Globalisierung	21
Projekt 7: Faire und sichere Pensionen	13	Projekt 18: Zuwanderung und Integration: Rechte und Pflichten	22
Projekt 8: Wachstum durch Innovation	14	Projekt 19: Demokratie stärken	23
Projekt 9: Den Mittelstand fördern	15	Projekt 20: Ein offenes geistiges und kulturelles Klima fördern	24
Projekt 10: Kontinuierliche Weiterentwicklung des Sozialstaates	15		

Wir werden in unserem Land

- 1. die Arbeitslosigkeit senken und das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln.**
- 2. die Förderung und Bildung unserer Kinder auf das notwendige Niveau bringen, um ihnen die besten Zukunftschancen zu schaffen.**
- 3. die berufliche Aus- und Weiterbildung auf den Arbeitsmarkt von morgen ausrichten.**
- 4. die Universitäten in die Lage versetzen, in Forschung und Lehre Spitzenleistungen zu erbringen.**
- 5. die Gleichstellung der Frauen in unserer Gesellschaft vorantreiben.**
- 6. für alle die Qualität der Gesundheitsversorgung und Pflege und deren Finanzierung sichern.**
- 7. gerechte und den Lebensstandard sichernde Pensionen langfristig garantieren.**
- 8. Forschung und Innovation gezielt forcieren, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen.**
- 9. den Mittelstand unserer Gesellschaft und Wirtschaft entlasten und fördern.**
- 10. den Sozialstaat für die Aufgaben der Zukunft bereit machen.**
- 11. die Lebens- und die Umweltqualität erhöhen.**
- 12. den ländlichen Raum aufwerten.**
- 13. leistbares und hochwertiges Wohnen ermöglichen.**
- 14. den Sport in seinen vielfältigen Dimensionen fördern.**
- 15. mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.**
- 16. eine aktive Neutralitätspolitik nach außen verfolgen.**
- 17. für ein soziales Europa als Antwort auf die Globalisierung und für eine gerechtere und friedlichere Welt kämpfen.**
- 18. die Zuwanderung vernünftig und menschlich regeln sowie Integration ermöglichen und vorantreiben.**
- 19. die Demokratie in all ihren Facetten stärken.**
- 20. ein offenes geistiges und kulturelles Klima fördern.**

Einleitung

Am 1. Oktober 2006 haben die Österreicherinnen und Österreicher eine klare Alternative zur derzeitigen Bundesregierung. Die SPÖ mit Dr. Alfred Gusenbauer an der Spitze steht für einen Neuanfang, der Schwarz und Blau-Orange ein Ende bereitet.

Nach dem Bruch ihres Wahlversprechens, als drittstärkste Kraft in Opposition zu gehen, schloss die ÖVP im Jahr 2000 einen Pakt mit Jörg Haider, an dessen Folgen unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger seither leiden. Es ist der derzeitige Bundeskanzler, der die Verantwortung für die schlechte wirtschaftliche, soziale und demokratiepolitische Bilanz dieser Regierung trägt.

Sieben Hauptsünden stehen im Vordergrund:

1. Seit diese Regierung im Amt ist, unternimmt sie nichts gegen die steigende Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche jährliche Arbeitslosenrate ist von 2000 bis 2005 um 35 Prozent gestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit hat sich fast verdoppelt. Im Jänner 2006 wurde mit über 380.000 Arbeitssuchenden ein absoluter Rekord in der Geschichte der Zweiten Republik erreicht.
2. Die verfehlte Wirtschaftspolitik dieser Regierung führt zu einer Abwärtsspirale in der wirtschaftlichen Entwicklung. Österreich liegt beim realen Wirtschaftswachstum nur noch auf Platz 20 der 25 EU-Staaten und bei öffentlichen Investitionen ist Österreich sogar das Schlusslicht.
3. Besonders schlecht sieht das Resultat von sechs Jahren Bildungspolitik aus. LehrerInnenposten- und Stundenkürzungen, nicht einmal Ansätze der notwendigen Modernisierung unseres Schulwesens sowie eine Reihe von Debakeln im Universitätssektor – das kennzeichnet den fahrlässigen Umgang dieser Regierung mit der Zukunft unserer Kinder und unseres Landes.
4. Neben der falschen Wirtschaftspolitik verantwortet diese Regierung auch eine Lawine an Gebühren- und Abgabenerhöhungen sowie eine so genannte Steuerreform, die lediglich großen Unternehmen Vorteile bringt. Seit dem Jahr 2000 sind nicht weniger als 58 Belastungsmaßnahmen gesetzt worden.
5. Trotz enormer Aufgaben und neuer Bedürfnisse lässt diese Regierung keinerlei Reformperspektive im Gesundheitswesen erkennen – sieht man von Belastungen, Selbstbehalten und Leistungseinschränkungen ab. Auch auf die wachsenden Herausforderungen im Pflegebereich weiß die Regierung keine Antwort.
6. Eine unfaire Pensionsreform, die besonders ArbeiterInnen und Angestellte sowie Frauen benachteiligt und ihnen beträchtliche Kürzungen bringt, ist der traurige Höhepunkt einer Sozialpolitik, die zuallererst auf den Abbau von Leistungen gerichtet ist.
7. Diese Regierung kennzeichnet ein längst überholtes und autoritäres Bild von Gesellschaft und Demokratie: In der Frauen- und Familienpolitik fühlt man sich in die 50er-Jahre zurückversetzt, mit der österreichischen Verfassung wird oft in bedenklicher Weise umgegangen, der

Dialog mit politisch Andersdenkenden wird verweigert. Und eine der Regierungsparteien verfügt nach ihrer Spaltung über eine nur höchst fragwürdige demokratische Legitimierung.

Österreich hat einen besseren Weg verdient. Die SPÖ tritt vor die Wählerinnen und Wähler mit einem klaren Programm, das unserem Land jene Gerechtigkeit bringen wird, die es für eine sichere Zukunft braucht. Im Kern geht es uns darum, den erwirtschafteten Wohlstand gerechter zu verteilen.

Es gibt vieles, das wir uns in diesem Sinne für Österreich wünschen und das wir in diesen 20 Projekten zusammengefasst haben.

Wir werden es auch umsetzen, wenn wir den Auftrag dazu bekommen. Aber wir werden uns nicht sofort alles leisten können, zumal die derzeitige Bundesregierung ein Schuldenpaket hinterlässt, das vom einst propagierten Nulldefizit weit entfernt ist.

Unter solchen Bedingungen wird die Budgetpolitik der nächsten Jahre sehr schwierig werden. Sie hat aus unserer Sicht ein doppeltes Ziel: Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum zu fördern ebenso wie Finanzstabilität zu sichern. Wir wollen den Weg einer sozial verträglichen Budgetkonsolidierung gehen und in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen.

Projekt 1:

Arbeitslosigkeit senken, Wachstum ankurbeln

Für die SPÖ gilt: Jeder Mensch hat ein Recht auf einen Arbeitsplatz. Erwerbsarbeit mit einem menschenwürdigen Einkommen sichert materielle Unabhängigkeit, bestimmt Lebenschancen und vermittelt Anerkennung. Die faire Verteilung von Chancen wollen wir auch am Arbeitsmarkt verwirklichen.

Die SPÖ setzt der steigenden Arbeitslosigkeit eine Strategie für Wachstum und Beschäftigung entgegen. Unser kurzfristiges Ziel auf dem Weg zur Vollbeschäftigung ist es, in den nächsten fünf Jahren die Arbeitslosigkeit um 30 Prozent zu senken und die Jugendarbeitslosigkeit zumindest zu halbieren.

Um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu reduzieren, benötigen wir ein deutlich höheres Wachstum. Die SPÖ wird daher eine wachstumsfördernde Geld- und Steuerpolitik umsetzen, die Investitionen im Inland belohnt und die Kaufkraft stärkt. Ein Schwerpunkt auf Forschung und Innovation wird den Wirtschaftsstandort Österreich zukunftsfest machen.

In der Familienpolitik zielen wir auf die echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mann und Frau, Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beseitigen wir, um allen Menschen den Zugang zur Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

Wir werden unser Bildungswesen vom Kindergarten über Schulen und Universitäten bis zum lebensbegleitenden Lernen so umbauen und die aktive Arbeitsmarktpolitik so modernisieren, dass die erlangten Qualifikationen beste Erfolgchancen am Arbeitsmarkt schaffen.

Schwarzunternehmertum und illegale Beschäftigung werden wir verstärkt bekämp-

fen und die Saisoniers abbauen. Außerdem werden wir keinen weiteren Abverkauf von österreichischem öffentlichen Eigentum, insbesondere bei Versorgungs- und Infrastrukturunternehmen, zulassen.

Auf europäischer Ebene kämpfen wir für eine wachstumsfreundliche Wirtschafts- und Geldpolitik, die Konzentration auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Forcierung von Infrastrukturprojekten wie etwa der Trans-Europäischen Netze.

Sozialdemokratische Beschäftigungspolitik zielt heute vor allem auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, beschränkt sich aber nicht darauf. Die Qualität der Arbeitsplätze, die Höhe der Einkommen, die soziale Absicherung der Beschäftigten sind uns ebenfalls sehr wichtig.

In diesem Zusammenhang wollen wir besonders die Situation der immer größer werdenden Gruppe so genannter atypisch Beschäftigter verbessern und ihre Integration in die Sozialversicherung, ins Arbeits- und Sozialrecht sowie in die Kollektivverträge vorantreiben.

Dem weit verbreiteten Problem des Mobbing am Arbeitsplatz mit all seinen sozialen und gesundheitlichen Folgewirkungen werden wir mit verbesserten arbeits- und strafrechtlichen Regelungen begegnen.

Projekt 2:

Investieren in die Kinder

Wir können und wollen nicht auf die Entwicklung der Talente und Fähigkeiten unserer Kinder verzichten. Das schulden wir ihnen und unserer Gesellschaft insgesamt. Die SPÖ will daher allen Menschen den freien Zugang zu Bildung ermöglichen, weil wir darin den wichtigsten Schlüssel für die faire Verteilung von Chancen in der Gesellschaft sehen. Deshalb brauchen wir ein umfassendes, wissenschaftlich fundiertes Bildungs-

konzept, das von der vorschulischen Bildung bis zum lebensbegleitenden Lernen reicht, damit alle Österreicherinnen und Österreicher auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft und des Arbeitsmarkts bestmöglich vorbereitet sind. Wir wollen die in der PISA-Studie aufgezeigte Risikogruppe bis 2010 halbieren.

Wir wollen ein Bildungssystem, das fördert und fordert. Jede/r soll die eigenen Begabungen und Interessen entwickeln können sowie möglichst individuell gefördert werden. Auf diesem Weg wollen wir die privaten Ausgaben für Nachhilfe bis 2010 auf die Hälfte senken.

Wir wissen, dass sehr frühe Förderung eine besonders wichtige Voraussetzung für die weiteren Lebenschancen bedeutet. Deshalb verstehen wir den Kindergarten nicht als Betreuungs-, sondern als Bildungseinrichtung mit entsprechend hohem Qualitätsstandard und werden ihn in ein pädagogisches Gesamtkonzept integrieren.

Wir werden den Ausbau solcher Kinderbildungseinrichtungen vorantreiben und ein verpflichtendes unentgeltliches Vorschuljahr mit besonderem Akzent auf Sprachförderung einführen. Die großen Leistungen der KindergartenpädagogInnen wollen wir durch eine noch bessere Ausbildung besonders fördern.

Mit unserem Modell „Kindergeld plus“ machen wir die Bezugsdauer flexibler. Neben der Beibehaltung der bisherigen Möglichkeiten soll in Zukunft unter anderem gelten: Je kürzer das Kindergeld beansprucht wird, desto höher ist der monatliche Betrag. Die Zuverdienstgrenze soll entfallen, wenn die Arbeitszeit deutlich reduziert wird. Die oft mit sehr schwierigen Verhältnissen kämpfenden AlleinerzieherInnen wollen wir besonders unterstützen. Eltern erhalten außerdem das Recht, sich Zeit und Geld für die Zeit des Schuleintritts aufzuheben. Vätern wollen wir

ermöglichen, nach der Geburt des Kindes ein Monat bei ihrer Familie zu bleiben.

Wir werden die Vision der Schule von morgen Schritt um Schritt verwirklichen: Sie kennt keine großen Klassen mehr, die Einheiten sind kleiner oder überhaupt in wechselnden Gruppen organisiert, z.B. in der Oberstufe der AHS. In der Regel sind die Kinder den ganzen Tag in der Schule und können so besser individuell gefördert werden. Das Wiederholen von Schulstufen wird stark reduziert. Der Unterricht berücksichtigt auch die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Burschen. Auf lange Sicht werden alle jungen Menschen bis zum 15. Lebensjahr in einer gemeinsamen und integrierten Schule lernen.

Um die LehrerInnen für ihre verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe in der Schule der Zukunft bestmöglich zu unterstützen, führen wir die Ausbildung für alle pädagogischen Berufe auf hohem Niveau zusammen und richten umfassende Weiterbildung für Lehrende sowie Angebote von Supervision und Mentoring ein.

Wir nützen die am Schulstandort vorhandene Kreativität und weiten die Schulautonomie aus. Die notwendige Koordinierung der verschiedenen Elemente des Bildungssystems wird in Bildungsregionen organisiert.

Auch Kinder und Jugendliche brauchen in unserer Gesellschaft garantierte Rechte, z.B. auf den Schutz vor Gefahren. Deshalb wollen wir die UN-Konvention zu den Kinderrechten in der Verfassung verankern und ein bundesweites Jugendschutzgesetz erstellen.

Projekt 3: Bestmögliche berufliche Bildung

Das Angebot und die Qualität des berufsbildenden Schulwesens und des Fachhoch-

schulsektors ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenschancen unserer Jugend. Vordringlich muss die Qualität der Berufsschule verbessert werden (z. B. im Bereich der Allgemeinbildung und Sprachausbildung).

Jugendliche, die sich für eine Lehrausbildung entscheiden, haben dasselbe Recht auf eine hochwertige Ausbildung wie Schülerinnen und Schüler. Im Bereich der dualen Ausbildung wollen wir den bestehenden Lehrstellenmangel abbauen, indem wir die Berufsschule für Jugendliche ohne Lehrvertrag öffnen, überbetriebliche Ausbildungsverbände vorantreiben und einen Berufsbildungsfonds zum Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben einrichten.

Wir schaffen neue Lehrberufe und Flächenlehrberufe mit Zukunftsperspektive und erhöhen die Durchlässigkeit zu anderen Bereichen des Bildungssystems (Anrechnungen, „Berufsmatura“ etc.), um die Chancen nach Ende der Lehre zu verbessern.

Und wir tragen durch zeitgerechte Berufs- und Bildungswegorientierung dazu bei, dass Jugendliche, besonders auch Mädchen, nicht in niedrig qualifizierten und schlecht bezahlten Jobs landen. Wir verbessern die Qualitätssicherung bei den Lehrbetrieben sowie die Rahmenbedingungen für Lehrlinge und stellen auch ihre zwischenzeitlich abgebauten Rechte wieder her.

Die berufliche Qualifikation ist in der heutigen Zeit mit der Erstausbildung nicht abgeschlossen. Die Weiterbildung, das lebensbegleitende Lernen wird mehr und mehr zur Norm, und zwar nicht nur im Fall des Arbeitsplatzverlustes. Unsere Absicht ist es, die Ziele der Verteilungsgerechtigkeit, der Qualitätssicherung, der freien Angebotswahl, der Erhöhung der Angebotsvielfalt und der Erhöhung der Bildungsbeteiligung gemeinsam zu erfüllen.

Deshalb werden wir das unentgeltliche Nachholen von Bildungsabschlüssen für alle möglich machen, Schulen, Universitäten und Fachhochschulen verstärkt für die Weiterbildung öffnen und dabei auch verstärkt die neuen Kommunikationstechnologien nützen. Wir werden neue Förderungsmodelle für das lebensbegleitende Lernen einschließlich der flexiblen Bildungskarenz umsetzen. Insgesamt wollen wir die Erwachsenenbildung in all ihren Facetten, einschließlich des Bibliothekswesens etc., aufwerten.

Projekt 4: Universitäten für die Zukunft

In der Wissensgesellschaft sind nicht zuletzt die Universitäten ein wichtiger Motor der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Ihre Qualität und die Qualifikationen ihrer Absolventinnen und Absolventen sind entscheidend für die Zukunft Österreichs. Wir wollen mehr Akademikerinnen und Akademiker in unserem Land, und wir wollen wissenschaftliche Spitzenleistungen an unseren Universitäten. Unsere Forscherinnen und Forscher, aber auch unsere Studentinnen und Studenten sind dafür bereit.

Die SPÖ wird deshalb eine hochschulpolitische Wende einleiten. Wir werden die Studiengebühren abschaffen und die Zugangsbeschränkungen so weit wie möglich aufheben. Die Universitäten sollen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Wir werden die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten an den Universitäten, Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen stärken und die Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung wieder einführen. Ein modernes Stipendiensystem hilft mit, soziale Zugangsbarrieren zum Studium abzubauen.

Wir wollen die Studienbedingungen ver-

bessern und insbesondere auf die Bedürfnisse berufstätiger Studierender sowie Studierender mit Kind ausrichten – einschließlich der Nutzung neuer Technologien wie des Internets. Doktoratsstudien werden durchgängig zu anspruchsvollen und erstklassig betreuten Forschungsprojekten.

Die Universitäten werden mit anderen Bereichen des Bildungssystems besser vernetzt (von der Studienvorbereitung und –beratung an Schulen bis zur stärkeren Öffnung der Universitäten zum lebensbegleitenden Lernen etc.).

Wir wollen die Karrieremöglichkeiten für hoch qualifizierte WissenschaftlerInnen an unseren Universitäten verbessern und den Frauenanteil an universitären Spitzenpositionen gezielt erhöhen.

Projekt 5: Faire Chancen für Frauen

Die Sozialdemokratie ist die politische Bewegung, die sich am meisten für die Gleichstellung der Frauen einsetzt. Wichtigste Voraussetzung für Eigenständigkeit und gerechte Einkommen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Berufliche Chancen für Frauen setzen gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, besonders auch im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, geeignete Berufsberatung und möglichst kurze Unterbrechungen der Berufslaufbahn voraus. Unser Ziel ist es, die Frauenbeschäftigung generell und auch den Anteil von Vollzeitarbeitsplätzen zu erhöhen.

Die SPÖ wird bei allen Förderschienen das Prinzip der Frauenförderung verwirklichen und darüber hinaus mit einem eigenen Fonds gezielt die Qualifizierung von Frauen, Unternehmensgründungen und den Einstieg in so genannte nicht-traditionelle Berufe unterstützen.

Wir wollen die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen in fünf Jahren um drei Prozentpunkte reduzieren, u.a. durch Maßnahmen im Steuerrecht und Arbeitszeitrecht sowie durch die Koppelung öffentlicher Auftragsvergabe an Frauenfördermaßnahmen.

Neben dem flexiblen „Kindergeld plus“ und dem Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen werden wir das Recht von Eltern auf Teilzeit verbessern und die derzeitigen Einschränkungen beseitigen. Die Möglichkeit, Elternteilzeit in Anspruch zu nehmen, darf nicht von Betriebsgröße und Beschäftigungsdauer abhängen.

Wir werden das Unterhaltsrecht für die UnterhaltsempfängerInnen verbessern, wobei das Prinzip gelten wird: Der Unterhalt kommt vom Staat, und dieser holt ihn sich vom / von der Unterhaltspflichtigen zurück. Im Zuge des Scheidungsverfahrens treten wir für die Festlegung eines / einer alleinigen Sorgerechberechtigten ein. Dies schließt die – sicher optimale – gemeinsame Erziehung durch beide Elternteile ja nicht aus, verhindert aber, dass auf dem Rücken des Kindes Konflikte ausgetragen werden oder etwa der Abtausch der alleinigen Sorge gegen geringere Unterhaltszahlungen erfolgt.

Wir stehen zur geltenden Fristenregelung und wollen erreichen, dass der Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Krankenanstalten österreichweit möglich ist.

Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Frauenprojekte und geben ihnen wieder eine verbindliche langfristige Perspektive.

Wir werden das Gleichbehandlungsgesetz verbessern und die Gleichbehandlungsanwaltschaft stärken.

Weiters wird ein spezifischer Frauenschwerpunkt in der internationalen Politik sowie im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (Menschenhandel etc.) gesetzt.

Die Frauenpolitik wird von einer Frauenministerin mit entsprechenden Kompetenzen umgesetzt. Gender Mainstreaming und Gender Budgeting werden zum Grundprinzip in allen Politikbereichen.

Projekt 6:

Ein hochwertiges und gerechtes Gesundheits- und Pflegesystem

Das österreichische Gesundheitssystem gehört mit zu den besten der Welt. Dies ist das Ergebnis langjähriger, nachhaltig gestaltender sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik, die weiß, dass Gesundheit stark von sozialen Rahmenbedingungen und Teilhabechancen abhängt.

Gesundheit ist eines der wichtigsten Güter überhaupt. Für die SPÖ ist daher die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen ein öffentliches Anliegen. Eine solidarische Gesundheitspolitik muss jeder Person, unabhängig von Alter, Einkommen, sozialer oder regionaler Herkunft oder Geschlecht, den Zugang zu allen medizinisch sinnvollen und notwendigen Leistungen ermöglichen.

Die politische Herausforderung besteht heute darin, das Leistungsangebot an den zukünftigen Bedarf anzupassen, wobei insbesondere die demographische Entwicklung zu beachten ist, eine bundesweite Qualitätsstrategie für das Gesundheitswesen umzusetzen, eine Effizienzsteigerung zu erreichen sowie die nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

Zentrale Ziele dabei sind es, die Lebenserwartung zu erhöhen, die Gesundheit zu fördern, im Krankheitsfall für Genesung zu sorgen, soziale Ungleichheiten zu beseitigen.

Wir treten für eine Neuordnung der Kompetenzen ein, wobei der Bund für grundle-

gende Vorgaben und Rahmenbedingungen, auf dezentraler Ebene die Länder für die Umsetzung verantwortlich sind. Über klare Gesundheitsziele und entsprechende Schwerpunktsetzungen sollen gemeinsame Leitlinien für alle Akteure im Gesundheitswesen entwickelt werden.

Die SPÖ wird daher im Gesundheitssystem

- Gesundheitsförderung und Prävention, besonders in Schulen und Betrieben, aufwerten,
- bei den vermeidbaren alten und neuen Volkskrankheiten einen Schwerpunkt setzen, der auch die soziale Dimension dieser Krankheiten im Blick hat,
- verstärkte Aufklärung über Alkohol-, Medikamenten- und Drogenmissbrauch betreiben,
- auf die wachsende Zahl älterer Menschen, behinderter, chronisch kranker und mehrfach kranker Menschen und deren Bedürfnisse besonderes Augenmerk legen und die für diese PatientInnen notwendige Unterstützung durch verstärkt integrierte Versorgungsmodelle gewährleisten,
- die HausärztInnen als besonders wichtige Akteure im Gesundheitswesen aufwerten und zu Lotsen durch das Gesundheitssystem machen,
- die Bildung von überregionalen Kompetenzzentren unterstützen,
- Versorgungslücken schließen,
- geschlechtersensible Medizinansätze, insbesondere was Krankheitsrisiko und -behandlung betrifft, forcieren,
- zeitgemäße und aktualisierte Berufsbilder und Ausbildungen sowie vernünftige Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit) im Gesundheitsbereich schaffen, wobei ein Schwerpunkt die Legalität der Beschäftigten in der Pflegeversorgung sein muss,
- mehr Rechte für PatientInnen und Heim-

bewohnerInnen gewährleisten sowie die Servicequalität des Gesundheitswesens erhöhen,

- um PatientInnen, z.B. chronisch Kranke, vor unzumutbaren Belastungen zu schützen, führen wir eine sozial gestaffelte Obergrenze für Selbstbehalte ein.

Wir werden für eine solide und solidarische Finanzierung des gesamten Gesundheits- und Pflegesystems sorgen, indem Wirtschaftlichkeitspotentiale ausgeschöpft werden, indem durch den verbindlichen Nachweis des Patientennutzens bei Medikamenten und Großgeräten die öffentlichen Mittel optimal eingesetzt werden, indem die Höchstbeitragsgrundlage von 3.750 auf 5.000 Euro angehoben wird (GutverdienerInnen bezahlen dann höchstens 25 Euro mehr im Monat) und indem langfristig die Finanzierungsgrundlagen verbreitert werden.

Projekt 7:

Faire und sichere Pensionen

Für die SPÖ ist die Garantie Existenzsichernder Pensionen eine Grundaufgabe einer sozialen Gesellschaft. Österreich kann es sich leisten, dass die ältere Generation nach harter Arbeit und großer Leistung für unser Land einen gesicherten Lebensabend verbringen kann.

Die wichtigsten Grundlagen dafür sind klar: Je mehr Menschen beschäftigt sind, je mehr erwirtschaftet wird, je höher die Wertschöpfung ist und je fairer sie auch verteilt wird, desto leichter lassen sich die Pensionen der Zukunft finanzieren. Darauf zielt die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der SPÖ.

Im Pensionssystem selbst wird die SPÖ die echte Harmonisierung und die langfristige Sicherung der Pensionen umsetzen. Mit ihrer Fairness-Pension erreicht sie eine

gerechtere Verteilung und die Sicherung des Lebensstandards im Alter, nach den beiden Prinzipien

- nach 45 Jahren für Männer und 40 für Frauen (für die Zeit des Übergangsrechts) besteht der Anspruch auf eine Pension ohne Abschläge,
- gleiche Beiträge führen zu gleichen Leistungen.

Wir schaffen eine Schwerarbeitsregelung für Männer und Frauen, doppelte Abschläge werden abgeschafft. Die Bewertung von Ersatzzeiten wird verbessert, insbesondere werden Benachteiligungen von Frauen beseitigt. Die Pensionen werden so angepasst, dass die Kaufkraft erhalten bleibt (Pensionistenpreisindex). Personen mit Spitzenpensionen (über der ASVG-Höchstpension) entrichten einen maßvollen Solidaritätszuschlag, der zweckgebunden für das Pensionssystem verwendet wird.

Um einen gesicherten Lebensabend verbringen zu können, bedarf es aber nicht nur der Pensionen. Wir wollen dafür sorgen, dass es in unserer Gesellschaft keine Diskriminierung aufgrund des Alters geben darf. Wichtig ist uns die Gestaltung eines Lebensumfelds, das den Bedürfnissen der wachsenden Gruppe der SeniorInnen entspricht: Neben der altersgerechten Gesundheitsversorgung geht es vorrangig um die Schaffung entsprechender Wohnmöglichkeiten, die Unterstützung größtmöglicher Mobilität, ein hohes Maß an Sicherheit und Unfallprävention im Alltag, z.B. im Straßenverkehr, sowie um den Ausbau von altersgerechten Freizeitmöglichkeiten.

Wir wollen das wichtige Erfahrungspotential der älteren Generation für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft nutzen und entsprechende Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten entwickeln.

Projekt 8: Wachstum durch Innovation

Österreichs Wirtschaft wird nur dann bestehen können und für Beschäftigung sorgen, wenn sie wettbewerbsfähig bleibt. Wissen und Know-how sind die Standortfaktoren der Zukunft, deshalb muss der Umstrukturierungsprozess in Richtung wissensintensiver Bereiche beschleunigt werden. Arbeitsplätze in Betrieben, deren Know-how einzigartig ist, sind die sichersten Arbeitsplätze. Forschung und Technologieentwicklung sind dafür die Grundlage.

Die SPÖ will die Kompetenzen im Bereich der Forschungsförderung bündeln und einen entsprechenden Innovationsplan für die Zukunft erstellen. Dazu müssen auch die Entscheidungs- und Beratungskompetenzen neu geordnet werden.

Die indirekte Forschungsförderung (Freibeträge o.ä.) kommt in erster Linie Großunternehmen zugute, demgegenüber wollen wir direkte Förderungsinstrumente forcieren, weil sie auch kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Forschung und Entwicklung erleichtern.

Gleichzeitig bekennt sich die öffentliche Hand zur gemeinsamen Entwicklung zukunftsorientierter Technologie in Kooperation mit führenden Unternehmen – als wesentliche Strategie, um Firmenhauptquartiere nach Österreich zu bringen und im Land zu behalten.

Zukunftsorientierte Wirtschaftsbereiche wie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, der Kreativwirtschaft oder der Biotechnologie unter den Bedingungen eines humanen, sozial und ökologisch verträglichen Fortschritts werden gezielt gefördert.

Breitband-Internet ist eine Schlüsseltechnologie für die Zukunft unseres Landes: Die SPÖ tritt für eine aktive Regulierung

des Breitband-Markts ein, um Monopolstellungen zu verhindern. Sie wird einen nachhaltigen und fairen Wettbewerb sichern, der den KonsumentInnen niedrigere Preise und mehr Angebotsvielfalt bringt sowie Investitionen und die Entwicklung innovativer Angebote stimuliert. Um allen Bevölkerungsgruppen die Teilnahme an der Informationsgesellschaft zu ermöglichen, ist ein umfassender IKT-Masterplan mit sozialer Dimension erforderlich, der alle Maßnahmen bündelt und an einer sinnvollen sozial- und wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie ausrichtet.

Unter der Voraussetzung, dass die österreichischen Universitäten wieder so ausgestattet werden, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können, und dass die Finanzierung auch nicht auf Kosten anderer Forschungseinrichtungen geht, befürworten wir die Einrichtung eines Spitzenforschungsinstituts auf internationalem Niveau mit all seinen positiven Auswirkungen auf das geistige Klima und die Wissenschaftslandschaft in Österreich.

Für eine derartige Einrichtung muss ein professionelles Management bereits im Vorlauf private Finanzierungsquellen erschließen. Die Standortfrage wird nach Kriterien der Infrastruktur, der Anbindung an andere Forschungsstellen sowie der baulichen Möglichkeiten getroffen.

Das Spitzenforschungsinstitut entwickelt eigenständige neue, mit den bestehenden Bereichen aber gut kombinierbare Felder, woraus sich enge Kooperationen mit den Universitäten, etwa im Bereich von Doktoratsstudien ergeben. Die wissenschaftliche Steuerungsstruktur wird ausschließlich mit international anerkannten Spitzenkräften besetzt, generell wird ein hoher Grad an Internationalität angestrebt.

Projekt 9: Den Mittelstand fördern

Die SPÖ wird jene 90 Prozent der Beschäftigten, die weniger als 4.000 Euro brutto verdienen, um 500 Euro im Jahr entlasten. Für Menschen, die aufgrund ihrer niedrigen Einkommen keine Lohnsteuer bezahlen, werden wir die Steuergutschrift („Negativsteuer“) verdoppeln. BezieherInnen niedriger Pensionen werden in diese Regelung einbezogen. Weiters werden die Bedingungen für PendlerInnen insbesondere durch ein attraktiveres Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln und durch Erhöhungen beim Pendlerpauschale und beim Kilometergeld verbessert.

Mittelfristig wird das Steuersystem weiter umgebaut, sodass der Reichtum unserer Gesellschaft fairer und gerechter verteilt wird: Wir werden den Faktor Arbeit entlasten, die Gewinne großer internationaler Konzerne gerecht in das Steuersystem einbeziehen und ungerechtfertigte Steuerprivilegien einiger weniger beseitigen.

Die SPÖ wird auch die kleinen und mittleren Unternehmen, die für 70 Prozent der Wertschöpfung und zwei Drittel der Arbeitsplätze in unserem Land sorgen, unterstützen, indem sie Investitionsfreibeträge und Investitionsprämien einführt, nicht zuletzt um Investitionen im Inland zu fördern, indem es Unternehmen erleichtert wird, schnell und unbürokratisch zu günstigen Krediten zu kommen. Weiters wird die Mindest-Körperschaftssteuer abgeschafft und die Forschungsförderung so verändert, dass sie verstärkt auch kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt.

Der Körperschaftssteuersatz bleibt bei 25 Prozent, die Gruppenbesteuerung, durch die oft Verlustbetriebe jenseits der österreichischen Grenzen subventioniert werden, wird abgeschafft.

Projekt 10: Kontinuierliche Weiterentwicklung des Sozialstaates

Der Sozialstaat muss ununterbrochen an die jeweiligen Erfordernisse angepasst und modernisiert werden. Auch muss seine Fairness und Gerechtigkeit stets überprüft werden. Zivilgesellschaftliches und persönliches Engagement sind willkommene Ergänzungen des Sozialstaats, sie können aber nicht an seine Stelle treten. Wir stehen für soziale Grundrechte, die wir auch in unserer Verfassung verankern wollen. Insgesamt soll das Sozialsystem an der Erwerbsfähigkeit und an der Erwerbstätigkeit orientiert bleiben.

Für die SPÖ stehen aktuell drei Bereiche besonders im Vordergrund: die nachhaltige Armutsbekämpfung, die Integration behinderter Menschen und der konstant steigende Pflegebedarf.

Reformdruck in der Armutsbekämpfung besteht aufgrund der Folgen von Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt und aufgrund von Schwächen der bestehenden Sicherungssysteme. Wichtigstes Ziel bei der Armutsbekämpfung ist es, den Menschen wieder Arbeit zu geben. Insbesondere muss auch die Frauenerwerbsquote erhöht werden. Darüber hinaus wollen wir eine bedarfsorientierte Grundsicherung einführen, die die bestehenden sozialen Sicherungssysteme durch eine Leistungsuntergrenze ergänzt.

Für die Gleichstellung behinderter Menschen, die immer noch zu vielen Benachteiligungen ausgesetzt sind, werden wir

- die Bundessozialämter als einzige Anlaufstelle für die Belange der Betroffenen ausbauen,
- die Integration im schulischen Bereich flächendeckend über die achte Schulstufe hinaus verlängern,

- arbeitsmarktpolitische Projekte ausbauen und die soziale Absicherung verbessern,
 - die Ausgleichstaxe für Betriebe anheben und zweckgewidmet für die Qualifizierung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen einsetzen sowie soziale Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen zur Anwendung bringen,
 - beschäftigungstherapeutische Angebote weiterentwickeln,
 - ausreichend Wohnformen für Menschen mit Behinderungen schaffen, besonders auch für Ältere,
 - die Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten von behinderten Menschen verbessern.
- die Finanzierung im Verbund mit der Gesundheitsfinanzierung sicherstellen,
 - die das Pflegegeld betreffenden Regelungen verbessern.

Zur Behebung des akuten Pflegenotstandes schaffen wir einen eigenen Beschäftigungstyp „Betreuung daheim“, kollektivvertraglich geregelt, mit einem eigenen Entlohnungstarif und Arbeitszeitmodell, der eine legale und leistbare Betreuung zu Hause rund um die Uhr durch tournusmäßig wechselnde Betreuungspersonen ermöglicht.

Projekt 11: Für eine nachhaltig und sozial verträglich gestaltete Umwelt

Das Recht auf Pflege ist ein Grundrecht der Menschen, und damit eine öffentliche Aufgabe, die solidarisch finanziert werden muss. Um dem rasant steigenden Bedarf nachzukommen, brauchen wir ein differenziertes und bedarfsgerechtes Angebot an Pflegeleistungen, von einfachen Betreuungsdiensten bis hin zur stationären Pflege. Der Pflegebereich stellt ein großes Beschäftigungspotential dar, wobei die in der Pflege Tätigen entsprechend qualifiziert sein und legal beschäftigt sein müssen. Wir werden unter anderem

- ein vielfältiges Angebot ausbauen, insbesondere auch die ambulante Pflege, mobile Dienste, Tagesbetreuung, Kurzzeitpflege und betreutes Wohnen unterstützen,
- das Nahtstellenmanagement zwischen Gesundheitssystem und Pflege verbessern,
- pflegende Angehörige unterstützen,
- für Ausbildungen sorgen, die den differenzierten Anforderungen auch bei den Pflegeberufen entsprechen, da die in diesem Bereich Tätigen besondere Ansprüche im Dienste unserer Gesellschaft erfüllen müssen,

Sozialdemokratische Umweltpolitik hat zwei wesentliche Grundpfeiler: Nachhaltigkeit und soziale Verträglichkeit. Für uns steht der Mensch und sein Recht auf eine lebenswerte Umwelt im Mittelpunkt.

Beim Klimaschutz hat sich Österreich zwar auf die Kyoto-Ziele verpflichtet und eine Klimastrategie ausgearbeitet, Faktum ist aber, dass sich Österreich vom Kyoto-Ziel immer weiter entfernt. Wir wollen

- verstärkt auf erneuerbare Energieträger umstellen,
- die Wärmedämmung von Gebäuden forcieren,
- die Finanzierung von Auslandsprojekten in diesem Feld zugunsten heimischer Maßnahmen und deren Beschäftigungspotential zurücknehmen.

Die SPÖ wird eine konsequente Anti-Atom-Politik auf nationaler und auf europäischer Ebene betreiben. Insbesondere der EURATOM-Vertrag muss dementsprechend abgeändert werden.

Wir wollen jedenfalls in Österreich eine

gentechnikfreie Landwirtschaft und die garantierte Wahlfreiheit für Konsumentinnen und Konsumenten (Kennzeichnung).

Zur Sicherung der Lebensqualität ist insgesamt ein ausgebauter KonsumentInnen-schutz unverzichtbar. Wir wollen die entsprechenden Kompetenzen in einem Ressort bündeln und

- eine konsumentInnenpolitische Gesamtstrategie entwickeln,
- die Vertretung von KonsumentInneninteressen institutionell absichern,
- die unabhängige Tätigkeit des Vereins für Konsumenteninformation garantieren,
- die Informationsrechte der KonsumentInnen gegenüber Behörden und Unternehmen stärken,
- die zivilrechtlichen KonsumentInnen-schutzbestimmungen in einem einheitlichen Gesetz zusammenfassen.

Abfallvermeidung, die Förderung von Mehrweg-Verpackungen, die umweltgerechte Entsorgung von Bildschirmgeräten, Kühlgeräten und anderen Problemstoffen – ohne Müll-Tourismus – stehen im Zentrum einer umfassenden Strategie für die Abfallwirtschaft.

Generell werden wir die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie völlig überarbeiten und neu fassen (Fokussierung, Konkretisierung der Ziele, Ausarbeitung sozialer Nachhaltigkeitsaspekte). Hier, wie bei allen anderen umwelt- und nachhaltigkeitspolitischen Zielen setzen wir auf die intensive Kooperation und Kontrolle der NGOs.

Auch im Bereich Verkehr bedarf es eines umfassenden Gesamtkonzepts. Sozialdemokratische Verkehrspolitik orientiert sich an den sozialen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen, dem Verkehrsbedarf der Wirtschaft sowie den Zielen des Schutzes von Leben, Gesundheit und Umwelt.

Wesentliche Elemente eines solchen Gesamtverkehrsplans sind

- ein attraktives öffentliches Verkehrssystem, insbesondere auf der Schiene, als Säule der Daseinsvorsorge,
- die Verbesserung des Güterverkehrs auf der Bahn,
- gut ausgebaute und sichere Straßenverbindungen in die Ballungsgebiete,
- die Verwendung innovativer Technologien (Verkehrstelematik),
- die besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse mobil benachteiligter Menschen,
- ein klarer Schwerpunkt auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit.

Wir werden für den Verkehrslärmschutz verbindlichen Grenzwerte, verpflichtende Bestandssanierungen sowie klare Rechten der Lärmbetroffenen umsetzen.

Um die Luftqualität zu heben, werden wir

- den Ländern effektive Kompetenzen zur Bekämpfung von Umweltbelastungen geben,
- die Abgaskontrolle ausdehnen und den Standard bei der Kfz-Überprüfung heben,
- feinstaubbekämpfende Maßnahmen setzen,
- Lücken bei Staubgrenzwerten für Industriebetriebe schließen.

Wir wollen eine nachhaltige, zukunftsorientierte und sozial verträgliche Energiepolitik. Hauptziel eines Energie-Importlands wie Österreich muss die Steigerung der Energieeffizienz, die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien und der Umweltfreundlichkeit des angewandten Energie-Mix sein. Die Spielregeln für den liberalisierten Markt werden wir so gestalten, dass sie

gleichzeitig dem Wettbewerb und der Durchsetzung öffentlicher Interessen dienen. Für die KonsumentInnen muss die Transparenz auf den Strom- und Gasmärkten geschaffen bzw. erhöht werden.

In allen Bereichen der öffentlichen Energieinfrastruktur müssen öffentliche Mehrheitsanteile und die Verfügungsgewalt gewahrt bleiben. Die öffentliche Entscheidungskompetenz für die Daseinsvorsorge muss garantiert sein.

Projekt 12: **Politik für den ländlichen Raum**

Wir werden den ländlichen Raum als Lebensumfeld mit hoher Qualität erhalten und die Arbeits- und Lebensperspektiven der Menschen fördern. Dies kann nicht nur die Landwirtschaft betreffen, sondern muss verstärkt auch andere Wirtschaftsbereiche sowie hochwertige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten umschließen. Dazu muss auch eine attraktive Infrastruktur, von der Sicherheitsvorsorge über das Gesundheitswesen bis zu Post und Verkehr etc., gegeben sein. Wir werden besonders auch den Frauen einen besseren Zugang zur Bildung und zu mehr qualifizierten Vollzeit Arbeitsplätzen im ländlichen Raum ermöglichen.

Wir setzen uns für die konsequente Erhaltung und entsprechendes Management von Nationalparks u.ä. sowie für eine moderne Raumplanung anstatt weiterer Zersiedlung ein. Wir betonen eine Freizeit- und Tourismuspolitik, die ökologisch verträglich ist und die Interessen und Bedürfnisse der in touristischen Regionen lebenden BürgerInnen stets mit einbezieht.

Um den Freizeit- und Tourismusbereich gut weiter zu entwickeln, wollen wir unter anderem die Qualität der Dienstleistung durch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten

heben, den erleichterten Zugang zu Risikokapital ermöglichen, steuerliche Entlastungen verwirklichen und regionale Kooperationsprojekte sowie verbessertes Marketing unterstützen.

In der Landwirtschaft werden wir die Fördermittel gerechter verteilen (z.B. verstärkt nach dem Arbeitsaufwand etwa von Berg- und Biobauern und nicht nach der Flächengröße bzw. der Anzahl der gehaltenen Tiere) und auch auf europäischer Ebene für andere Förderungsprioritäten kämpfen.

Nicht in Frage kommt für uns die Privatisierung der Wasserversorgung in Österreich.

Das mittlerweile beschlossene bundesweite Tierschutzgesetz muss auch umgesetzt und verbessert werden: Insbesondere werden wir Maßnahmen zur Reduzierung und Humanisierung der Lebendtiertransporte setzen und Ersatzmethoden bei Tierversuchen unterstützen.

Ein fairer Finanzausgleich, der bedarfsgerecht gestaltet ist, wird unter anderem die mittleren Gemeinden stärken müssen, damit sie wieder in die Lage versetzt werden, Investitionen zu tätigen.

Projekt 13: **Leistbares und hochwertiges Wohnen**

Wie Arbeit und Gesundheit ist Wohnen ein Grundbedürfnis der Menschen. Wohnen muss leistbar und qualitativ hochwertig sein. Diese Zielsetzung steht für die SPÖ an oberster Stelle. Die Menschen sollen sich Wohnen nach ihren jeweiligen Bedürfnissen leisten können und in ihren Wohnverhältnissen wieder gesichert sein.

Wir werden daher

- die Wohnbauförderung beibehalten und für den Wohnbau, für die Sanierung, für

die Subjektförderung und für das Wohnumfeld zweckwidmen, um damit ein ausreichendes Wohnungsangebot zu sichern und am Wohnungsmarkt kostendämpfend zu wirken.

- Wohnen umwelt- und klimaschonender machen (thermische Sanierung, Wärmedämmung).
- die Vielfalt im Wohnbau fördern.
- den Mieterschutz stärken. Es soll keine „MieterInnen zweiter Klasse“ mehr geben, für die das Mietrecht nicht gilt. Mietverträge sollen jederzeit auf ihre Gesetzeskonformität überprüft werden können.
- mehr Sicherheit für MieterInnen schaffen. Der unbefristete Mietvertrag soll wieder zum Standard werden.
- die Wohnkosten senken. Klare Richtlinien für Zu- und Abschläge sowie die Deckelung der Zuschläge sollen nachvollziehbare Mietzinsobergrenzen gewährleisten.
- besonders auch jungen Menschen den Zugang zu erschwinglichem Wohnen erleichtern.
- den Betriebskostenkatalog durchforsten und damit die Betriebskosten als „zweite Miete“ senken.
- Kautionszahlungen der Höhe nach begrenzen und ihre Rückzahlungsregeln gesetzlich klar regeln.
- Maklerprovisionen so regeln, dass ausschließlich der / die AuftraggeberIn die Provision zu bezahlen hat.
- ein leistungsfähiges gemeinnütziges Wohnungswesen unterstützen.
- den kostenfreien Rechtszugang zur Durchsetzung der MieterInnenrechte verwirklichen.

Projekt 14:

Der Sport als sozial-, gesundheits- und wirtschaftspolitischer Faktor

Sport trägt wesentlich zur Lebensqualität bei, ist darüber hinaus aber in vielfältiger Weise mit anderen gesellschaftlichen Bereichen verknüpft – von der Wirtschaft über den Gesundheitssektor bis zur Integrationspolitik.

Deshalb muss sich die Politik verstärkt in der Verbesserung der infrastrukturellen und gesetzlichen Voraussetzungen für den Sport im Allgemeinen und den organisierten Vereinssport im Besonderen engagieren. Die SPÖ bekennt sich klar zum autonomen, selbstverwalteten Sport und wird

- die Finanzierung des autonomen Sports sichern,
- Initiativen zur Aktivierung der sportlich nicht-aktiven ÖsterreicherInnen setzen,
- den freien Zugang zu Sporteinrichtungen der öffentlichen Hand sichern,
- Bewegung und Sport in den Schulen forcieren,
- Sozialisierung und Integration im Vereinssport fördern,
- die Vorbildfunktion des Spitzensports unterstützen, insbesondere rund um Großveranstaltungen (z. B. EM 2008), die auch wichtige Wirtschaftsimpulse darstellen,
- Sicherheit und Fair Play bei derartigen Großereignissen in den Vordergrund stellen,
- Gender-Mainstreaming auch im Sport verwirklichen.

Projekt 15:

Die Sicherheit der Bevölkerung in Österreich verbessern

Selbstverständlich besteht Sicherheit aus sozialdemokratischer Sicht nicht nur aus der Sicherheitsvorsorge durch die Exekutive. Nur eine Politik, die der Arbeitslosigkeit, der Ausgrenzung und der Armut entgegenwirkt, schafft die Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt. Dass Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ist eine entscheidende Vorbedingung für die erfolgreiche und wertvolle Arbeit der Exekutive. Die Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen ist ebenso wichtig wie das konsequente Vorgehen gegen Kriminalität.

Die SPÖ wird

- dafür sorgen, dass die Sicherheitsexekutive wieder zu einem erfolgreichen Sicherheitspartner für die österreichische Bevölkerung werden kann und eine Steigerung des Sicherheitsgefühls gewährleistet ist,
- in den Grenzbezirken Fachinspektionen schaffen, damit auch nach Wegfall der Schengen-Außengrenzen ausreichende Kontrolle gegeben ist,
- qualitativ hochwertige Ausbildung, Arbeitsbedingungen, aber auch die spezifischen Risiken des Exekutivdiensts einheitlich regeln bzw. berücksichtigen,
- auf neue Kriminalitätsformen richtig und effizient reagieren, „Kriminaltourismus“ bekämpfen,
- insbesondere zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität entsprechende Voraussetzungen schaffen, wobei die Wahrung der Grundrechte ein wesentlicher Bestandteil eines umfassenden Sicherheitskonzepts ist,
- die Internetkriminalität von Kinderporno-

graphie bis Neonazismus besonders intensiv bekämpfen,

- das NS-Verbotsgesetz beibehalten sowie dem Bereich Rechtsextremismus verstärkte Aufmerksamkeit widmen,
- einen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Prävention setzen,
- die internationale Kooperation in der Bekämpfung der Kriminalität sowie ihrer sozialen Ursachen intensivieren,
- die Gewalt in der Familie und in persönlichen Beziehungen sowie in der Schule gezielt bekämpfen, dabei das Waffengesetz entsprechend streng kontrollieren,
- im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen den Gewaltschutz verbessern,
- den Drogenhandel bekämpfen, Dealer bestrafen, keinerlei Drogen legalisieren, aber Drogenkranken mit individuellen Programmen helfen,
- den Opferschutz generell ausbauen,
- einen zeitgemäßen Strafvollzug, einschließlich zeitgemäßer Jugendgerichtsbarkeit, gewährleisten – mit Gefängnisstrafen dann, wenn sie sachlich geboten und im Interesse der BürgerInnen sind, aber unter Ausschöpfung aller zielführenden alternativen Möglichkeiten und mit besonderem Akzent auf (Re-)Sozialisierung.

Projekt 16:

Äußere Sicherheit und Neutralität

Der äußeren Sicherheit Österreichs dient am besten eine aktive Neutralitätspolitik. Auf dieser Basis setzen wir uns innerhalb der EU und darüber hinaus für Frieden, Menschenrechte, Demokratie, Herrschaft des Rechts und sozialen Ausgleich ein und initiieren entsprechende Initiativen in UNO, Europarat und OSZE. Österreich kann dabei verstärkt seine besondere Kompetenz im politischen

Krisenmanagement einbringen.

Die SPÖ steht für die Weiterentwicklung des Friedensprojekts Europäische Union, für einen Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf Basis der Charta der Vereinten Nationen, für den Ausbau entsprechender Kapazitäten des zivilen Krisenmanagements und für eine gemeinsame militärische Komponente für Krisenbewältigung, in erster Linie im Rahmen eines Mandats des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen oder der OSZE. Voraussetzung dafür ist die Ausweitung der demokratischen Kontrolle, etwa durch die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments.

Das neutrale Österreich hat keinen Grund, einem militärischen Bündnis wie der NATO beizutreten oder fremden Staaten die Errichtung militärischer Stützpunkte auf österreichischem Territorium zu erlauben.

Das österreichische Bundesheer wird nach dem Ende des temporären Assistenzdienstes zur Grenzraumüberwachung vor allem zwei zentrale Aufgaben haben: die Mitwirkung an internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung, zur humanitären oder Katastrophenhilfe im Rahmen der UNO, der OSZE oder der EU sowie innerösterreichischen Katastrophenschutz und Mitwirkung an entsprechenden internationalen Einsätzen.

Für diese Aufgaben soll das Bundesheer, und damit seine im Dienste der Allgemeinheit wirkenden Soldatinnen und Soldaten, gut ausgestattet sein. Der Kauf von Kampfflugzeugen ist dafür nicht erforderlich, und deshalb werden wir alles tun, um aus dem Vertrag auszusteigen.

Generell wollen wir, dass die Ergebnisse der Bundesheer-Reformkommission zügig umgesetzt werden. Die allgemeine Wehrpflicht bleibt in der nunmehr verkürzten Form erhalten.

Wir anerkennen die wertvolle Arbeit, die Zivildienstler ebenso wie Präsenzdienstler für die Gesellschaft leisten und werden jede Diskriminierung von Zivildienstleistenden – ob beim Verpflegungsgeld oder in anderen Fragen – verhindern. Gleichzeitig setzen wir uns für die Beseitigung von Missständen bei Ausbildung und Dienstleistung beim Bundesheer sowie für die Stärkung demokratischer Rechte von Wehrdienstleistenden ein, und damit für die Einführung einer bundesweiten Präsenz- und Zivildienstvertretung.

Projekt 17:

Ein soziales Europa als Antwort auf die Globalisierung

Unser Ziel in der Europapolitik ist es, das europäische Sozialmodell zu stärken und weiterzuentwickeln. Dazu ist eine neue und andere Schwerpunktsetzung nötig, die Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit sowie die Sicherung öffentlicher Dienstleistungen als gleichrangige Ziele neben wirtschaftlicher Integration und Geldwertstabilität setzt. Für diese Neuorientierung Europas werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.

Die Demokratisierung der EU muss mit der Vertiefung der Integration, vor allem auf den Gebieten Beschäftigung und Soziales, Hand in Hand gehen. Ohne diese politische Schwerpunktsetzung kann das europäische Einigungsprojekt keine echte politische und soziale Union werden und im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger handeln.

Der Erweiterungsprozess der EU ist ein wesentlicher Teil des umfassenden Friedensprojekts, das der Integration zugrunde liegt. Freilich: Der letzte große Erweiterungsschritt ist noch nicht wirklich verarbeitet und die zukünftige Erweiterungsfähigkeit der EU höchst unsicher.

Die lautesten Befürworter einer raschen und

schrakenlosen Erweiterung der EU sind jene, die eine schwache Union befürworten, die über eine Freihandelszone nicht besonders weit hinausgeht. Das ist nicht unsere Vorstellung von Europa: Wir wollen ein starkes Europa, das eine Antwort auf die negativen Auswirkungen der Globalisierung darstellt, und stellen daher die Vertiefung und Stärkung der Handlungsfähigkeit Europas vor jeden Erweiterungsschritt.

Wir werden die Schutzfrist für den Arbeitsmarkt nützen und mit gezielten Initiativen dafür sorgen, dass vorhersehbare Probleme auf dem Arbeitsmarkt nach Auslaufen der Schutzfrist vermieden werden.

Längerfristig wollen wir eine stärkere Eigenfinanzierung der EU durch eine harmonisierte EU-weite Unternehmensbesteuerung (bei gleichzeitiger Absenkung der nationalen Beiträge) und eine andere Akzentuierung der Ausgabenstruktur in Richtung Forschung, Entwicklung und Innovation sowie Infrastruktur erreichen. Am Ziel des europaweiten Ausstieges aus der Kernenergie halten wir weiter fest.

Eine aktive Rolle Europas in der Weltpolitik ist heute mehr denn je gefragt. Besonders im Nahostkonflikt, einer der wesentlichen Wurzeln der globalen Terrorbedrohung, hat Europa die Verpflichtung, Wege für eine friedliche Lösung zu entwickeln und das Feld nicht allein den USA zu überlassen.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch den Reformprozess der globalen Institutionen aktiv unterstützen und mitgestalten. Eine faire und gerechte Weltordnung braucht faire Vereinbarungen zwischen Nord und Süd über den Zugang zu Märkten mit sozialen und ökologischen Standards. Wir bekennen uns zu einer Entwicklungspolitik, die in allen relevanten Politikbereichen kohärent, intelligent gebündelt und aktiv betrieben wird. Wir erfüllen die internationale Verpflichtung, bis spätestens im Jahr 2015 mindestens

0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungspolitik zusätzlich zu Entschuldungsmaßnahmen aufzubringen und werden einen konkreten Stufenplan zur Erreichung dieses Zieles erarbeiten.

Projekt 18: Zuwanderung und Integration: Rechte und Pflichten

Integration ist eine der wichtigsten Herausforderungen, die gegenwärtig für die Politik bestehen. Zuwanderung und Integration betreffen den Alltag aller Menschen und stehen deshalb im Zentrum des politischen Handelns der SPÖ.

Klar ist: Nur eine geregelte Zuwanderung auf Basis österreichischer Interessen kann der Grundstein für eine vernünftige Integrationspolitik sein. Integration bedeutet ein Miteinander auf allen Ebenen, keine Spaltung der Gesellschaft. Integration bedeutet für beide Seiten Rechte und Pflichten.

Österreich muss im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt, in der Sozialpolitik und der Wohnungspolitik sowie bei politischen Rechten Integrationsmöglichkeiten schaffen, im Gegenzug kann von Zuwanderinnen und Zuwanderern die Annahme dieser Möglichkeiten und die Respektierung geltender Normen erwartet werden.

Wir werden

- eine Zuwanderungskommission nach deutschem Vorbild einsetzen, die binnen sechs Monaten einen Gesetzesvorschlag für die Planung und Regelung der Zuwanderung vorlegt, wobei das Ziel ist, in Zukunft jenen Personen die Zuwanderung zu ermöglichen, die den Bedarf der Wirtschaft nach Schlüsselarbeitskräften decken oder in jenen Bereichen, in denen in Zukunft ein großer Mehrbedarf herrscht, etwa im Pflegebereich, benötigt werden,

- das Unterlaufen derartiger Regelungen durch illegale Beschäftigung, Saisoniermodelle, Scheinselbständige o.ä. verhindern,
- insbesondere die Zahl der Saisoniers drastisch senken, was in manchen Wirtschaftszweigen Übergangsregelungen notwendig machen wird,
- jedenfalls sicherstellen, dass jede und jeder, der legal in Österreich lebt, auch hier arbeiten darf,
- jede Zuwanderung an Integrationsmaßnahmen koppeln,
- das kommunale Wahlrecht und das passive Wahlrecht in gesetzliche Interessenvertretungen für langjährig in Österreich lebende Zuwanderer ermöglichen,
- jedem legalen Zuwanderer und jeder legalen Zuwanderin ermöglichen, mit dem/der EhepartnerIn und ihren minderjährigen Kindern nach Österreich zu kommen,
- gezielte Integrationsangebote für Migrantinnen verstärken,
- in der Bildungspolitik, beginnend mit dem Kindergarten und dem verpflichtenden Vorschuljahr, aber auch in den Schulen besonderes Augenmerk auf die sprachliche Integration legen, um die Chancen auch der Zuwanderinnen und Zuwanderer zu erhöhen,
- auf die Bedürfnisse von Zuwanderern und Zuwanderinnen zugeschnittene Deutschkurse anbieten,
- ein Integrationsstaatssekretariat einrichten.

Zuwanderung und Asylrecht sind klar zu trennen. Nicht zuletzt aufgrund der Geschichte Österreichs bekennt sich die Sozialdemokratie zum Asylrecht als Menschenrecht. Wer Schutz vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Gesinnung braucht, soll und

wird diesen Schutz rasch und auf hohem rechtsstaatlichen Niveau erhalten.

Dazu müssen die Asylverfahren, die oft mehrere Jahre dauern, beschleunigt werden und der dafür benötigte Asylgerichtshof eingerichtet werden. Für anerkannte AsylwerberInnen wollen wir gezielte Arbeitsmarktmaßnahmen setzen, damit ihre oft hohen Qualifikationen auch genutzt werden können.

Außerdem werden wir ein gemeinsames europäisches Asylrecht vorantreiben, um eine fairere Verteilung der Asylanträge auf alle EU-Staaten bis 2010 zu erreichen.

Projekt 19: Demokratie stärken

Ein demokratisches Land wie Österreich braucht auch eine entwickelte demokratische Kultur. Die SPÖ wird die Instrumente unserer Demokratie weiterentwickeln. Wir wollen

- das aktive Wahlalter generell auf 16 Jahre senken,
- die Mitbestimmungsrechte von SchülerInnen und Studierenden stärken,
- im Parlament mehr Transparenz und stärkere Minderheitsrechte schaffen,
- dafür eintreten, einen umfassenden und wirksamen Katalog von Grundrechten, einschließlich sozialer Rechte, in der Verfassung zu verankern,
- ein umfassendes Anti-Diskriminierungsgesetz verwirklichen,
- die Distanz zwischen BürgerInnen und der Verwaltung abbauen, unter anderem durch den verstärkten Einsatz neuer Technologien: die Gemeinden sollen Eingangsportale für sämtliche Verwaltungswege werden,
- die Einhaltung der Verfassung, z. B. in der Ortstafelfrage, garantieren.

Es ist nicht die Aufgabe der Politik, Menschen eine bestimmte Lebensgestaltung vorzugeben oder vorzuschreiben. Gerade unterschiedliche Formen des Zusammenlebens sind die Privatsache der jeweiligen Personen und dürfen keiner Diskriminierung unterliegen. Deshalb werden wir in mehreren Schritten das Familienrecht ändern.

Umgehend beseitigen wir die Diskriminierung von Homosexuellen durch die Möglichkeit der „Eingetragenen Partnerschaft“ und werten Lebensgemeinschaften generell rechtlich auf, beispielsweise im Unterhaltsrecht, im Erbrecht und bei Auskunftsrechten.

Wir werden auch Erleichterungen für Transgenderpersonen umsetzen.

Wir werden eine vielfältige und kritische Öffentlichkeit entwickeln helfen. Dabei sind die Medien ein zentrales Element. Wir wollen die Freiheit der Journalistinnen und Journalisten verfassungsrechtlich schützen, die Meinungsfreiheit zu einer allgemeinen Informationsfreiheit ausbauen und die Presseförderung reformieren. Der ORF wird dem Zugriff von Regierung und Parteipolitik entzogen und zu einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung, die ihren Aufträgen hinsichtlich objektiver Information sowie Bildung und Kultur nachkommen kann.

Projekt 20: Ein offenes geistiges und kulturelles Klima fördern

Die Förderung der kulturellen Vielfalt und eines offenen kulturellen Klimas sowie die besondere Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens sind die zentralen Ziele sozialdemokratischer Kulturpolitik. Künstlerinnen und Künstler leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum öffentlichen Diskurs und

zum gesellschaftlichen Reichtum, der sich nicht im Ökonomischen erschöpft.

Wir wollen

- innerhalb der EU darauf hinwirken, dass im Rahmen der WTO- und GATS-Verhandlungen die Besonderheiten des Kulturbereichs berücksichtigt werden und insbesondere keine weiteren Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen werden, die die kulturelle Vielfalt gefährden,
- die Umsetzung der Ziele der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt vorantreiben,
- die kulturelle Infrastruktur verbessern und die Kulturagenten in einem Ministerium zusammenführen,
- Gleichstellungspolitik, Frauenförderung und Gender Mainstreaming auch im Kulturbereich zur Selbstverständlichkeit werden lassen,
- vorhandene Barrieren abbauen, um allen Bevölkerungsgruppen kulturelle Partizipation zu ermöglichen,
- kulturelle Bildung fördern, Kultur- und Medienkompetenz im gesamten Bildungssystem als Lernziel verankern,
- die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich und vor allem die soziale Absicherung der KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen verbessern,
- in Urheberrechtsfragen zu einem Kompromiss gelangen zwischen den Interessen von Kulturschaffenden und Kreativen auf der einen Seite und dem öffentlichen Interesse am freien Austausch von Information und Wissen auf der anderen Seite,
- die spezifischen Probleme in allen Kunstsparten im Dialog mit den Künstlerinnen und Künstlern bearbeiten,
- einen besonderen Schwerpunkt im Bereich des österreichischen Films setzen.